

Michael Rutz (Hg.)

Der Freiheit eine Gasse

Was es heute zu verteidigen gilt



HERDER

Michael Rutz (Hg.)

Der Freiheit eine Gasse

Was es heute zu verteidigen gilt

HERDER 
FREIBURG · BASEL · WIEN

© Verlag Herder GmbH, Freiburg im Breisgau 2016
Alle Rechte vorbehalten
www.herder.de

Umschlaggestaltung: Christian Langohr, Freiburg
Umschlagmotiv: © Sergii Figurnyi-Fotolia
E-Book-Konvertierung: Daniel Förster, Belgern

ISBN (E-Book) 978-3-451-80857-9
ISBN (Buch) 978-3-451-37595-8

Inhalt

Michael Rutz

Die Freiheit – ein Lebenssubstrat
Ein Vorwort

Udo Di Fabio

Riskante Freiheit
Wider den bevormundenden Staat

Hermann Parzinger

Wider die Barbarei
Kunst-, Kultur- und Meinungsfreiheit sind für Demokraten
nicht verhandelbar

Annette Schavan

»Das Netz ist zerrissen, und wir sind frei.«
Warum Glauben frei macht

Lothar de Maizière

Vom Kampf um die Freiheit des Glaubens
Der erste demokratisch gewählte Ministerpräsident der
DDR Lothar de Maizière im Gespräch mit Michael Rutz

Rüdiger von Voss

Wenn Widerstand zur Pflicht wird
Der 20. Juli 1944 und der Kampf um Freiheit und Recht

Markus Gabriel

Die Freiheit des Willens und die Freiheit des Geistes
Vom Handeln im Lichte von Ideen

Der Herausgeber

Die Autoren

Michael Rutz

Die Freiheit - ein Lebenssubstrat

Ein Vorwort

Dass um die Freiheit, ihre Möglichkeiten und Grenzen, ihre Sicherung, ihre Feinde und Förderer seit Jahrtausenden gestritten wird, liegt in der Natur des Menschen. Seit der *Homo sapiens* denken und damit auch über sich und seine Existenz rasonieren kann, strebt er danach, seine Lebensumstände selbst gestalten zu wollen. Freiheit - das ist der Zustand der Autonomie, der Selbstbestimmung eines Subjekts.

Diese Autonomie wiederum kann nicht grenzenlos sein. Seit der Mensch in soziale Zusammenhänge eingebunden ist, ist Freiheit regelgebunden. Aus der Optimierung der Freiheitsräume in Abgrenzung zu allen anderen Freiheitssuchern ist ein Spiel des Ausgleichs und der gebotenen Rücksichtnahmen geworden, mit Institutionen, die die Freiheitsräume durch vielfältige Maßnahmen sichern, den Ausgleich der Interessen organisieren und Regelverstöße ahnden sollen.

So erhalten letztlich Menschen Macht über Menschen, ein Quell ständiger Versuchung. Macht ausüben - das bedeutet, anderen seine Gesetze, seine Handlungsmaximen, seine Moralvorstellungen überstülpen zu können, sie in Reih und Glied zu zwingen und Verstöße zu sanktionieren.

Wer aber begrenzt die Macht der Institutionen, des Staates, einer Ideologie? Welchen Anspruch hat der

Einzelne gegen den Staat - und welchen Anspruch der Staat gegen seine Bürger? Wer garantiert welche Freiheitsrechte? Welche Rolle spielen die Religionen dabei? Wie korrespondieren die physischen und materiellen Freiheiten mit jenen der Meinungs-, Kunst-, Glaubens- und Gewissensfreiheit?

Stets spielte bei der Verankerung von Freiheiten die geschriebene Verfassung einer Nation die Schlüsselrolle, als letzter Anker gewissermaßen, auf den man sich berufen kann. Ihr Rechtsrahmen, die darin festgelegten Rollen für Legislative, Exekutive und Judikative und ihre Austarierung sind die Garanten der Freiheit. Was also ist die Rolle der Verfassung, und welche ethischen Grundlagen muss sie enthalten?

Um diese Fragen der Freiheit wird seit Jahrtausenden gerungen. In den letzten Jahrhunderten haben sich Sozialismus, Kommunismus, Konservatismus und Liberalismus heftige Fehden geliefert, jeweils von unterschiedlichen Menschenbildern ausgehend, von unterschiedlichem Zutrauen auch in die Freiheitsfähigkeit des Menschen und von unterschiedlichem Willen, ihn mit allen Ingredienzien der Freiheitsfähigkeit auszustatten, ihm also zu seinen Freiheitsmöglichkeiten zu verhelfen. Zu groß sind die Versuchungen der Macht. Und zu leicht lassen sich Menschen verführen und in die Strudel größenwahnsinniger Versprechungen hineinziehen, lassen sich gegen Andersdenkende aufhetzen - mit dem furchtbarsten Beispiel der Hitler-Zeit und des Holocaust.

Auch heute hat dieser Kampf um die Freiheit kein Ende gefunden. Er wird niemals beendet sein. Nichts wird sich daran ändern, dass nur wenige Menschen wirklich frei sein können, in geistigem und materiellem Sinne. Noch immer halten Diktaturen und totalitäre Strukturen Menschen in Schach, noch immer berauben Kriege die Menschen ihrer

Freiheitsmöglichkeiten, noch immer begrenzt Armut die Sehnsucht nach Freiheit. Immer wieder setzt sich auch in Demokratien das Ringen darüber fort, wie stark die Freiheit des Individuums gegenüber dem Interesse der Allgemeinheit zurückzustehen hat - wenn etwa die Freiheit auf informationelle Selbstbestimmung dem terrorabwehrenden Überwachungsstaat im Wege steht oder die finanzamtlichen Ritter der Steuergerechtigkeit das freiheitsbegründete Bankgeheimnis abschaffen wollen. Und unverändert werden Philosophen darüber rätseln, ob es wirkliche Freiheit überhaupt geben kann, wenn das vermeintlich freie Denken und Wollen doch wiederum abhängig sein könnte von Vorprägungen, die dem freien Willen gar nicht mehr unterliegen.

»Der Freiheit eine Gasse!« - unter diesem Motto hat sich im Herbst des Jahres 2015 im Dom zu Münster eine Vortragsreihe mit all diesen Fragen beschäftigt, die mit freundlicher Förderung durch die *Evonik Industries AG* zustande kommen konnte und für deren Mithilfe bei Konzeption und Ausgestaltung vor allem dem Domkapitel mit Dompropst Kurt Schulte, dem Domkapellmeister Thomas Schmitz sowie Spiritual Dr. Paul Deselaers sehr zu danken ist. Den Raum der Kirche für solche »DomGedanken« - so der Name der Reihe - zu öffnen, das ist ein Beleg für den Freiraum des Denkens, den Kirche heute bieten kann und sollte, und die katholische Kirche als freiheitsbegründende Religion zumal.

Der Staatsrechtslehrer *Udo Di Fabio* nahm das Verhältnis des Individuums zum Staat in den Blick und mahnte fünf Bedingungen der bürgerlichen Assoziation an, nämlich das Prinzip der Eigenverantwortung, einen lebensbejahenden Optimismus, die soziale Dimension jeder bürgerlichen Freiheit, den zur politischen Beobachtung fähigen und zum politischen Handeln bereiten Bürger sowie schließlich die

Bereitschaft und die Fähigkeit einer Gesellschaft, sich auch ohne Hilfe des Staates und jenseits der Macht von Kollektiven zu organisieren.

Hermann Parzinger, Präsident der Stiftung Preussischer Kulturbesitz, wendete das Problem der Freiheit im Hinblick auf Kunst und Kultur. Barbarische Bücherverbrennungen, Bilderstürme, Kunstwerkschändungen und Tätigkeitsverbote machen bis heute deutlich, welche Angst Machthaber vor Kunstfreiheit und der Freiheit des Denkens und Schreibens haben. Denn wenn Kunstfreiheit herrscht, kann die Kunst nicht als »Waffe der Umerziehung, der Umarbeitung des Menschen« eingesetzt und Künstler als Seeleningenieur missbraucht werden. Und Parzinger schließt: »Für eine wirklich demokratische Gesellschaft ist die Freiheit der Kunst und Kultur ebenso wie die Freiheit der Meinung nicht verhandelbar.«

Annette Schavan, die deutsche Botschafterin beim Heiligen Stuhl, hat die historischen Mühen geschildert, mit denen sich das Christentum zum Garanten der Freiheit aufgeschwungen hat und heute einen Glauben anbietet, dessen befreiende Wirkung dem Menschen eine Gegenwelt zu seiner Einbindung in staatlich organisierte Sozialität offeriert. Diese innere Freiheit wird durch die staatlich gesicherte Religionsfreiheit ermöglicht, zwei getrennte Welten, die Johannes Paul II. deutlich machte, als er 1998 in Havanna betonte, »dass ein moderner Staat aus dem Atheismus oder der Religion kein politisches Konzept machen darf.«

Lothar de Maizière, der erste demokratisch gewählte Ministerpräsident der DDR (und zugleich deren letzter), hat in seinen Tätigkeiten als Rechtsanwalt und als Vizepräsident der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR diese Kämpfe miterlebt und im Dom zu Münster davon berichtet: Eine Geschichtsstunde 25 Jahre

nach der Wiedervereinigung über ein Land, in dem die Freiheit der Glaubensausübung staatlich befehdet war, aber »irgendwann hat die SED gemerkt, dass man den Sozialismus wohl offensichtlich nicht gegen sechs Millionen Christen aufbauen kann und sie versuchten, so eine Art Burgfrieden herzustellen.« Wie hier der Kampf um die Freiheit ausging, ist bekannt.

Zu diesen Vorträgen im Dom tritt in diesem Buch ein Beitrag von *Rüdiger von Voss*, der aus eigenem familiären Erleben ein düsteres Kapitel deutscher Barbarei schildert: die Zeit des Nationalsozialismus und damit eine Periode, die mit imperialistischem Machtwillen, größter Vernichtungsbereitschaft und der industriellen Durchführung von Genoziden sich um die Freiheit der Menschen einen Dreck scherte. Dann wird Widerstand zur Pflicht, und so empfanden es auch die Männer und Frauen des Widerstands gegen Adolf Hitler, der im 20. Juli 1944 seinen tragischen Höhepunkt fand.

Markus Gabriel, Philosoph in Bonn, dachte über das Problem des freien Willens und seines Verhältnisses zur Idee des Determinismus nach. Frei seien wir, weil wir Lebewesen sind, die im Lichte von Ideen handeln, die wiederum einer Ordnung angehören, die unsere Freiheit nicht bedroht, sondern ermöglicht - »dies ist die Ordnung des Geistes«.

Es bleibt festzuhalten: Freiheit kommt nicht von selbst, sie geht leicht abhanden, man muss um sie kämpfen. Ihr wohnt ein moralischer Kern inne, sie ist Teil der Menschenwürde. Das macht es legitim, Widerstand gegen einen Staat zu leisten, der Menschen in Knechtschaft nimmt und ihnen die Freiheit abspricht. Das war so in der DDR, und von diesem Widerstandsrecht haben die Kirchen dort - mehr oder weniger mutig, aber immerhin - Gebrauch gemacht.

Dieses Buch, für dessen freundliche lektorierende Begleitung ich Frau Sarah Mayer-Voigt vom Herder Verlag sehr danke, möge beim Leser idealerweise ein Nachdenken darüber bewirken, wie sehr die Freiheit, die wir heute haben, schätzenswert ist. Wir nehmen sie allzu selbstverständlich, beteiligen uns mit nachlassender Intensität an ihrer demokratischen Sicherung, schätzen ihre Institutionen gering.

Manchmal hilft es, von außen auf Deutschland zu blicken, ganz im Sinne Nietzsches: »Von dem, was du erkennen und messen willst, musst du Abschied nehmen, wenigstens auf eine Zeit. Erst wenn du die Stadt verlassen hast, siehst du, wie hoch sich ihre Türme über die Häuser erheben.«

Und noch erheben sich die Türme unserer Freiheit stolz.

Berlin, im April 2016

Michael Rutz

Udo Di Fabio

Riskante Freiheit

Wider den bevormundenden Staat

Im Mittelpunkt der modernen Gesellschaft steht der sich selbst entfaltende Mensch. Eigenverantwortung, Privatautonomie, Vertragsfreiheit, Persönlichkeitsrechte prägen die Rechtswelt. Auch politische Herrschaft ist vom Wählerwillen bestimmt.

Die Demokratie garantiert die friedliche und vernünftige Ordnung des Zusammenlebens als Selbstregierung des Volkes. Doch auch sie neigt wie jede Regierungsform zur Über-Regulierung, zu kollektiven Glücksverheißungen und übernimmt bereitwillig Risiken der Freiheit bis zu dem Punkt, an dem sich alle Augen auf den Staat richten. Wenn alle Probleme und Risiken, das Gelingen von Wirtschaft, die Kreativität von Kunst und Wissenschaft, die Vorsorge für Gesundheit und Alter auf das Kollektiv übertragen sind, entsteht beinahe unmerklich ein Klima der Bevormundung, des Paternalismus, häufig unter dem Beifall des Publikums. Der Beitrag nennt Beispiele und Tendenzen, fragt nach der richtigen Gewichtung von individueller Entfaltungsfreiheit und sozialem Rechtsstaat.

I.

Jede politische Herrschaft, auch die Demokratie, ist selbstbewusst und ordnet die Welt. Sie lässt sich ungern durch Grenzen wirtschaftlicher, rechtlicher oder wissenschaftlicher Natur bremsen, auch nicht durch die Eigenwilligkeit der Bürger. In einer Demokratie wird diese

Grundeinstellung durch die öffentliche Erwartung einer Allzuständigkeit und prinzipiellen Allmächtigkeit kollektiver Mehrheitsentscheidungen verstärkt. Dabei zeigt sich in jedem politischen Betrieb immer wieder aufs Neue eine besser-wissende, eine bevormundende Tendenz, an historischen Vorbildern gemessen sogar ein neomerkantilistischer oder auch neokameralistischer Drall.

Die paternalistische Tendenz zur Regulierung der Wirtschaft und kleinteiligen Verhaltenssteuerung der Gesellschaft war in Deutschland immer stark, wurde aber im 19. Jahrhundert durch liberale Grundpositionen mit der Einführung der Gewerbefreiheit und der Aufhebung der Leibeigenschaft und preußischen Politik der Handelsöffnung planmäßig zurückgedrängt.¹ Doch seit dem Gründerkrach von 1873 und der sich anschließenden bis in die Neunzigerjahre des Jahrhunderts reichenden wirtschaftlichen Depression erhielt der wirtschaftsintervenierende Staat wieder Oberwasser² und veranlasste den Ökonom Joseph Schumpeter zur Rede vom »neomerkantilistischen Kondratieff«.³

Schon lange zuvor waren die Folgewirkungen der Industrialisierung sozialkritisch thematisiert worden und hatten auch den Obrigkeitsstaat seine Verantwortung zur Bekämpfung von Armut und Verelendung (wieder)entdecken lassen.⁴ Spätestens im Übergang zum 20. Jahrhundert markiert etwa die Kritik am Nachtwächterstaat und die Betonung der Notwendigkeit des sozialgestaltenden und wirtschaftslenkenden Staates die Rückkehr von Fürsorgekonzepten und auch wieder intensiverer individueller Verhaltensvorgaben.⁵

Die öffentliche Meinung ist häufig ungeduldig und für den Umweg über die Form und die Institution kaum zu begeistern. So verliert sich der Sinn für Institutionen, wenn man allzu oft unmittelbaren materiellen Rechtsgüterschutz

und prompte Zielverwirklichung will. Nicht die gute Organisation freiheitsermöglichender Entfaltungsräume wie in der Universität, der Wirtschaft, der Erziehung wird erstrebt, sondern direkte Handlungsvorgaben oder aber unauffällige Verhaltenslenkung wie »Nudging«⁶ mit demselben Ziel, dass nur das von der politischen Moral für richtig erkannte Verhalten sich durchsetzt.

Unter dem Druck von Krisen weitet sich diese Tendenz noch aus. Nicht der Streit über die richtige Richtung, sondern die technokratische Bewältigung eines Problems durch Verhaltensanpassung möglichst aller Menschen wird dann das Ziel. Sollte in einer Gesellschaft der Umfang inhaltlich-sachlicher Verhaltenslenkung zunehmen und dagegen das Vertrauen in die Kraft (Rationalität) von Institutionen wie die Privatautonomie, Markt, demokratische und rechtstaatliche Verfahren abnehmen, so wäre das ein alarmierendes Signal. Der politische und rechtliche Regelungsbedarf, ja der Bedarf nach einer politisch vorgeschriebenen Alltagsmoral könnte in dem Maße wachsen, wie traditionelle Rollenfixierungen unter der Logik einer auf Befreiung eingestellten Aufklärung verschwinden. An die Stelle tradiertter Ordnungen tritt dann ein politisches Meinungsklima, das wiederum enge Standardisierungen enthält und für eine lebendige politische und öffentliche Diskussion wie ein allzu eng geschnürtes Korsett wirkt.

Dabei ist die Ambivalenz offensichtlich. Befreiung von starren Rollenklischees und hartnäckigen Vorurteilen war noch in den vergangenen Jahrzehnten in bestimmten Bereichen dringend angezeigt, und auch für die Zukunft ist nicht auszuschließen, dass es befreiende Korrekturen geben muss. Westliche Gesellschaften mit dem liberalen Lebensstil der späten fünfziger und der sechziger Jahre (*american way of life*) hatten einen großen Horizont an